

Kritik an Pflichtenerfüller Kimberger
Warum es Gary Fuchsbauer reicht
Völkische Testung

Sittenverfall statt Ethik
Frauentag: Grenzverschiebungen
Pädagogisches Mogelpaket

In Erinnerung an
Dr. Rupert Vierlinger
Kunst: Albrecht Zauner



**Selbstbewusst, parteiunabhängig und kompetent,
für eine gerechte und demokratische Schule streitend – das ist die ÖLI!**

Editorial

Gerhard Pušnik



Mediale Inszenierung

hohler Phrasen

Strafen für Eltern, Deutsch statt Sprachförderung, Ziffern statt verbale Beurteilung, religiöse Ethik für Abmilder statt säkulare Aufklärung für alle, eine Ombuds-Feigenblatt-Frau statt Integration. Die Liste ließe sich fortsetzen und sie wird kein Ende haben. All die Maßnahmen haben die wesentliche Funktion, den SchülerInnen und LehrerInnen das vorzuenthalten, was sie dringend brauchen: mehr Bildung, mehr Sozialpädagogik, mehr Budget.

Seine Vergangenheit als „seriöser“ Wissenschaftler nützt dem Herrn Faßmann nichts. Er kann sich nicht abseilen aus einer Regierungstruppe, in der federführend Mitglieder sitzen, die ihre Vergangenheit und ideologische Haltung im Nazi-Umfeld haben. Er macht mit bei der Show, die die Gesellschaft entzweit, die desintegriert und die Welt gefährdet.

Am 24.09.2018 fand in Wien ein Fachdialog zur musischen Bildung mit ExpertInnen aus den Bundesländern und MitarbeiterInnen aus den verantwortlichen Ressorts statt. Nach außen hin wurde der Eindruck erweckt, als handle es sich um ein Meeting des Bildungsministeriums. Die Vorgangsweise: die ÖVP-NR-Abg. Maria Großbauer verschickte über verschiedene Kanäle die Einladung, ein Sektionschef des Bildungsministeriums moderierte, Blüml schneite kurz vorbei und BM Faßmann fand das ganze mächtig wichtig. Geplant und angekündigt waren folgende Schritte: Fachdialog I, Einsetzung einer Expertengruppe, die „in einem ständigen Prozess konkrete Maßnahmen für die musische Aus- und Weiterbildung von Kindern und Jugendlichen liefern soll“, dann der Fachdialog II im Frühjahr 2019, sowie ein „Bericht an den Nationalrat im Juni 2019“ und schlussendlich die „Umsetzung der Maßnahmen ab 2020“.

Der Fachdialog I fand tatsächlich am 24.09.2018 statt. Seitdem herrscht im Bildungsministerium Funkstille in dieser Sache.

Heftige Kritik an schwarzem Lehrer_innenvertreter Kimberger

Manfred Sparr

Heftige Kritik gab es an den Aussagen des obersten APS-Lehrergewerkschafters Paul Kimberger. Er gab im KURIER seine Vorstellungen preis: Über Eltern als Erziehungsverpflichtete statt Erziehungsberechtigte und Sanktionen, wenn sie die Pflichten entsprechend seiner Einbildung nicht erfüllen. Für die Lehrervertreter*innen der Österreichischen Lehrer*innen-Initiative (ÖLI-UG) sei Kimbergers Interview im KURIER einfach nur „zum Fremdschämen“.

Er verlangt laut dem Bericht eine Pflicht zur „individuellen Förderung“ von Vorschulkindern. Kimberger im Originalton: „Von Schulen zu verlangen, an einem sehr belasteten Standort Chancengerechtigkeit herzustellen, ist illusorisch. Das wäre, als würde man von einem Arzt in einem Armenviertel verlangen, die Lebenserwartung seiner Patientinnen und Patienten auf das Niveau einer Luxuswohngegend zu bringen“, so Kimberger.

Ob einem Kind daheim vorgelesen und mit ihm gesprochen werde oder Kinder nur vor Fernseher und Computer sitzen, mache einen „massiven Unterschied“ aus. Eltern, die sich nicht um ihre Kinder bemühen, sollten sanktioniert werden. Er denkt dabei an ein System analog zum Mutter-Kind-Pass.

„Für mich sind Eltern keine Erziehungsberechtigten, sondern Erziehungsverpflichtete. Wenn Eltern gegen die Interessen ihrer Kinder handeln

und ihnen Chancen nehmen, dann hat der Staat die Pflicht, im Sinne dieser Kinder einzuschreiten“, sagte Kimberger. „Wenn trotz intensiver Beratung, guten Zuredens und vieler Informationen kein guter Wille erkennbar ist, dann sollte man auch über die Möglichkeit einer Kürzung von Transferleistungen nachdenken.“

„Für die ÖLI-UG ist Kimbergers Forderung nach Sanktionen wie zum Beispiel die Kürzung der Kinderbeihilfe, indiskutabel.“

Uschi Göttl (ÖLI-UG)

„Eltern sollen dabei unterstützt werden, ihre Kinder zu fördern und nicht bestraft werden“, sagen der Gewerkschafter Gerhard Unterkofler und Willi Witzemann, Vorsitzender der LehrerInnen-Personalvertretung, beide in Vorarlberg.

Kimberger voll im türkisblauen Fahrwasser: Strafen, Zwang und Drohung

Der Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann reagierte heftig auf Facebook: „Das ist mal wieder nichts anderes als ein bössartiger Versuch, den Betroffenen selbst die Verantwortung für soziale Ungleichheit in die Schuhe zu schieben, anstatt tatsächlich etwas Substantielles gegen Bildungs- und andere Armut zu unternehmen.“

Wann reicht's?

Gary Fuchsbauer



Egal, ob C-Topf-Überfüllung, immer mehr Testungen, kein Förderpersonal, kein/zu wenig Verwaltungspersonal, MS-Restschulproblematik, überrannte AHS, kein Dienstrechtswahlrecht trotz Gesetzesvorschrift, seit Jahrzehnten nicht angehobene Tages-/Nächtigungsgebühren, seit Jahren nicht nur nicht angehobene, sondern durch BEZU sogar gesenkte Fahrtkostenabgeltung, viel zu geringe (nämlich auf Basis viel zu hoher Klassen-/Gruppengrößen berechnete) WE-/Real-/Lehrer*innen-Stundenzuteilung, unrealistisch enge Sonderpädagog*innenbedarfsberechnungen, keine ausreichenden Schul-Sach-/Reise-Budgets, zu hohe Lehrverpflichtungen um tatsächlich Zeit für z.B. Individualisierung zu haben, Schwerpunktsetzung auf Prüfungen, statt auf Pädagogik, Direktionsautonomie statt effektive Mitbestimmung, Direktionskaiser*innen (im Sinne von auf Lebenszeit) mit Weisungsrecht (aus

der Kaiserzeit), statt auf Zeit gewählte Schulleitungsteams, usw.:

Egal woran ich bei Schule denke und was ich wieder darüber lese, immer wieder denk ich mir:

Wenn wir eine Gewerkschaft hätten (und nicht nur regierungsfreundliche Fraktionsmenschen), dann könnten weder all die Büromenschen in Bildungsdirektionen und Ministerien, noch Parlament und Regierung so agieren, wie sie es seit Jahrzehnten und zuletzt immer unverschämter tun.

Wenn wir eine Gewerkschaft hätten (und nicht nur regierungsfreundliche Fraktionsmenschen), dann würde die Gewerkschaft den Journalist*innen die Themen vorgeben und Gewerkschaft, Eltern, Lehrer*innen, Schüler*innen und Studierende der

Bürokratie und der Regierung die Themen vorgeben.

Wir brauchen eine Gewerkschaft, die tatsächlich die Arbeitenden vertritt und nicht Wohlhabende schützt, Vermögens- und Erbschaftssteuern zumindest auf international vergleichbarem Niveau fordert, statt Armen als Strafe noch Geld wegnehmen will. Bildung und Integration und Sozialstaat kosten und die Gewerkschaft muss auch deren Finanzierung fordern, und zwar dort, wo Geld ist und nicht bei den sozial Schwachen.

Kann die nun auch in Österreich beginnende Klimastreikbewegung ein Anstoß sein?

Kann die Überforderung der AHS+BMHS-NeuesDienstrecht-Junglehrer*innen in Induktionsphase und 20-Prozent-Arbeitszeiterhöhung ein Anstoß sein?

Wann reicht's den geduldigen Österreicher*innen und den noch geduldigeren, weil ihren Beruf und ihre Schüler*innen liebenden Lehrer*innen?

Deutsch-Testung Mika-D

Uschi Götl

In den nächsten Wochen müssen hunderte Lehrkräfte zu TestleiterInnen ausgebildet werden. Tausende Kinder werden im April getestet. Zusätzliche Ressourcen gibt es keine. Wo ist unsere Personalvertretung? Warum meldet sich unsere Gewerkschaft nicht zu Wort?

Laut § 4 Abs. 2a SchUG muss der Sprachstand der neu aufzunehmenden SchülerInnen mit geringen Deutschkenntnissen und der außerordentlichen SchülerInnen im zweiten Halbjahr 19/20 erhoben werden. Dazu wird gerade ein neues Instrument entwickelt - die MIKA-D-Testung. Die Online-Ausbildung dazu umfasst

3 Module mit insgesamt 8 Lerneinheiten, insgesamt etwa 8 Stunden.

Wurden beim Aufnahmegespräch an einer Volksschule mangelnde Deutschkenntnisse festgestellt, so wird ein zusätzlicher MIKA-D-Testtermin angesetzt. Im Einzelsetting zu jeweils 20 bis 30 Minuten soll festgestellt werden, welcher Förderbedarf besteht. Durch diese Neuerung wird an manchen Schulen besonders viel Arbeit anfallen. An 150 zufällig ausgewählten Schulstandorten werden alle SchülerInnen mit Deutsch als Zweitsprache getestet, um das Testtool zu evaluieren. Eine Abgeltung gibt es nicht.

KollegInnen und SchulleiterInnen müssen diese heikle Aufgabe zusätzlich übernehmen. Unbezahlte Überstunden häufen sich oder es werden Zweitlehrerinnen aus dem Unterricht abgezogen. Das geht auf Kosten der KollegInnen und der ganzen Schule. Früher stand die schwarzdominierte Lehrgewerkschaft dem roten Ministerium äußerst kritisch gegenüber. Jetzt schweigt unsere Ständesvertretung und ermöglicht die Umsetzung des Regierungsprogramms ohne Widerspruch.

Wir brauchen dringend eine parteiunabhängige Interessensvertretung!

Ich engagiere mich bei der Ö.L.i.

„Weil jede/r LehrerIn das Recht haben soll auf eine kompetente, parteiunabhängige Personalvertretung.“

Renate Brunnbauer



Foto Joachim Wiesner

Türkisblaue Regierung: Sittenverfall als Vorlage für den neuen Ethik-Lehrplan?

Manfred Sparr

Verpflichtender Ethikunterricht für alle sei nie das Ziel der Regierung gewesen. Schüler*innen, die eh den Religionsunterricht besuchen, brauchen keinen Ethikunterricht. Migrantenkinder schon gar nicht. Hauptsache sei es doch, dass Abmelder*innen vom Religionsunterricht eine ordentliche Portion „Sittenlehre“ (Strache), sowie „Sport und Bewegung für den Geist“ (Faßmann) als „Alternative zum Kaffeehaus“ verpflichtend angeboten werde. Das sei ausreichend um „ein ethisches Fundament für die kommende Generation zu schaffen“ (Faßmann). Sprüche aus dem Fundus einer Regierung, die „Menschenverachtung aus Wahltaktik“ (G. Traxler, Der Standard) praktiziert.

Regierung entdeckt Ethik

Um von der vorbeugenden Sicherungshaft abzulenken, habe die Regierungsspitze die Moral und Ethik – nicht für sich, aber für alle konfessionsfreien und religionsunterrichtsverweigernden Kinder und Jugendliche – entdeckt. Und sie unterstellen den „linkslinken Ewignörgler*innen und trollenden Journalist*innen in den Fake-Medien“, diese wichtige türkisblaue gesellschaftspolitische Maßnahme zu desavouieren. Die wollen wieder einmal nicht anerkennen, dass die versprochene neue Politik eben genau so funktioniert, nur so funktionieren kann.

Ethik spielt da keine Rolle, sie wäre nur hinderlich. Denn genau dieser „gespürte Drive der Regierung“ gefällt, meint zumindest niemand Minderer als Stefan Leitl, Baustoffunternehmer und Sprössling des ehemaligen Präsidenten der Wirtschaftskammer Christoph Leitl. Besonders entzücke Leitl Junior „das junge, dynamische Denken, das da hineinkommt“. Er spüre „diesen Veränderungswillen, aber auch die Umsetzungskraft“ (DerStandard). Moral und Ethik, ist doch eh wurscht.

Ich definiere mir meine Ethik für alle ...

Österreich braucht ein „ethisches Fundament“. Aber, wie gesagt, erst für die kommenden Generationen. Damit der „gespürte Drive der Regierung“ nicht von moralischen, ethischen oder gar auf Menschenrechten basierenden Regeln gebremst wird.

Die Strategie dürfte fixiert sein: Die angewandten moralischen Grundsätzen der türkisblauen Regierungsmannschaft, Straches „Sittenlehre“ und die türkisblaue Ethik, wie sie sich im Umgang mit Antisemitismus, der vorbeugenden Sicherungshaft (nur für Ausländer), und im rigorosen Abschieben beispielhaft zeigen, soll Richtschnur für den neuen Lehrplan Ethik werden. Auch BM Fassmann hat gegenüber Journalisten gleich aus dem

Stand die 3 Eckpfeiler des Ethiklehrplans buchstabiert.

Dass es an rund 240 österreichischen höheren Schulen bereits den verpflichtenden Ethikunterricht mit einem fundierten Lehrplan gibt, ist den türkisblauen Rechtsauslegern ziemlich wurscht.

ÖLI-APP für iPhone und smartphone

Keine wichtige Nachricht mehr verpassen.

ÖLI-APP informiert dich automatisch und top aktuell über alle neuen Beiträge auf der ÖLI-Homepage.

Ein Klick auf den ÖLI-Button öffnet direkt die Homepage www.oeliug.at auf deinem Handy.



Weg mit dem MIKA Schwachsinn!

Andreas Chvatal



... Lehrer von zwei wunderbaren und in jeder Hinsicht großartigen Schülerinnen, die heuer wegen MIKA sitzenbleiben werden und eine Klasse verlassen müssen, der sie sehr gut getan haben und die ihnen sehr gut getan hat.

Der MIKA-D Test ist ein Symptom angewandten Rassismus. Er zielt darauf ab, eine kleine Gruppe zu sekkieren, nämlich jene der Schülerinnen und Schüler, die noch nicht Deutsch können, weil sie erst kurz in Ö sind. Die Erkenntnis außer Acht lassend, dass Kinder normalerweise in ihren ersten zwei Jahren ausreichend Deutsch lernen, wenn sie nicht sekkiert werden, entschloss sich die Bundesregierung, vertreten durch Minister Faßmann loszuschlagen, um den Neuankömmlingen, die, wie der Vizekanzler schon vor Jahren darlegte, allesamt Wirtschaftsflüchtlinge seien, die Ankunft so unangenehm wie möglich zu machen. Die offizielle Alpenrepublik empfängt diese Menschen mit einem herzhaften: „Schleicht‘s eich wida!“

Dieser freundliche, von einer Partei, die sich auf christliche Wurzeln beruft, mitgegrölte Gruß, schallt jedoch ins Leere. Die neu Angekommenen sind Probleme ganz anderer Dimensionen gewöhnt. Jemand, der mit seinem nackten Leben auf einer geschlossenen Route ein Land erreicht hat, wo sie/er menschenwürdige Lebensbedingungen vorfindet, ist schon zufrieden, dass er nicht in Orbanien gelandet ist. Doch es wären nicht die neuen, rechten Ruderer der Alpenrepublik, hätten sie

nicht im Nu einen Weg gefunden, wenigstens einen Teil der Neuankömmlinge ordentlich zu nerven, nämlich all jene, die Eltern von schulpflichtigen Kindern sind. Sie müssen erleben, wie ihre Kinder vom Beginn ihrer Schullaufbahn in Ö an einem völlig unnötigem Druck ausgesetzt werden. Es kann keinen Zweifel geben, dass er, der die Balkanroute im Alleingang schloss, seiner Wählerschaft Maßnahmen wie den MIKA Test als Lösungsansatz für die Probleme in der Integration verkaufen wird. Das Abwatschen von Kindern und Jugendlichen mit einer standardisierten Überforderung, als erster Schritt zur Beseitigung rückschrittlicher sozialer Strukturen, religiösem Fanatismus und latenter Gewaltbereitschaft? Wer’s glaubt, wählt Kurz und Konsorten.

Noch existiert in der Alpenrepublik ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil, der der derzeitigen Regierung gegenüber eine ablehnende Position einnimmt. Selbst wenn davon auch noch die Sympatisant*innen der Neos und jene der Liste Pilz subtrahiert werden, bleibt eine erkleckliche Restmenge an Sozialdemokratie, Restgrünen und Parteiunabhängigen, die eigentlich gegen oben erwähntes Geschwurbel von Seiten der Regierung auftreten und den MIKA Test als das kritisieren müssten, was er ist: Ausdruck einer blindwütigen aber hilflosen politischen Suche nach einem Schwachen, der sich nicht dagegen wehren kann, beschuldigt zu werden. Doch nichts dergleichen geschah. Niemand trat auf, niemand kritisierte.

Auch der Verfasser dieser Zeilen tat dies nicht. Oder eigentlich tat er es schon, wählte jedoch den dafür denkbar ungünstigsten Ort, die Wüste.

„Auch schon egal!“, dachte er angesichts der dortigen Leere und begann zu rufen, oder eigentlich zu lesen, denn er hatte seine Kritik am MIKA Test fein säuberlich aufgeschrieben - in Form eines Artikels. „Guter Artikel!“, sagte die Wüste und der Verfasser bedankte sich, um wenig später den Heimweg anzutreten.

Er hatte kein gutes Gefühl die ganze Zeit. Und wirklich! Nach seiner Rückkehr aus der Wüste erfuhr der Verfasser, dass sich eine Reihe von Lehrkräften über den MIKA Test beschwert hatten. Schulleitungen würden unter sträflicher Nichtbeachtung des C-Topfes, Lehrer*innen für die Ausbildung als MIKA Tester*in einteilen. Eine Regelung der Durchführung des einigermaßen aufwändigen Tests sei nicht in Sicht. Enttäuscht nahm man zur Kenntnis, dass weder die Ausbildung für, noch die Durchführung von MIKA MDLgenerierend sein wird.

„Warum tun mir die Beschwerdeführer*innen alle überhaupt nicht leid?“ fragte sich der Verfasser. „Muss wohl an der Wüste liegen.“

Vom Verschieben der Grenzen

Ilse M. Seifried



Das Labyrinth ist sicher älter als 5000 Jahre. Es ist ein Kulturgut, nicht wie die Spirale oder ein Mäander ein Abbild der Natur. Und es ist sowohl Symbol als auch Erfahrungsraum. Das Labyrinth (nicht zu verwechseln mit einem Irrgarten) ist auch Ausdruck einer Philosophie der Demokratie, der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit.

In der westlichen Kulturgeschichte begann dann eine Wende hin zur Hierarchie, Führungs- und Gehorsams-Ideen, die sich mit der Überzeugung, der Mann sei der perfekte Mensch und Frauen seien unvollständige Männer, durchzusetzen begann. Dagegen gab es immer und durch alle Jahrhunderte Widerstand.

Mary Wollstonecraft

(18. Jh.) schrieb:

„Ich wünsche mir nicht, dass Frauen Macht über Männer haben; sondern über sich selbst.“

Das (Macht-)Verhältnis zwischen Frauen und Männern ist von der Gesellschaft bestimmt und nicht naturgegeben. Wer stimmt dem nicht zu? All jene, die Angst hatten, ihre Macht zu verlieren. All jene, die nicht den Mut hatten, sich aufzulehnen, Widerstand zu leisten. Jene, die einen Gott dafür verantwortlich machten. etc.

Es ging und geht immer noch um erlebte / gelebte Macht.

Auf Initiative von Clara Zetkin wurde 1910 auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen mit mehr als 100 delegierten Frauen aus 17 Ländern die Einführung

eines jährlichen Internationalen Frauentages beschlossen. Demzufolge fand am 19.3.1911 der 1. Internationale Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Die Forderung war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Mehr als eine Million Frauen (und auch Männer) gingen dafür auf die Straße.

Grenzen im Kopf und Staat wurden verschoben. 1918 das Frauenwahlrecht wurde erkämpft. Am 16. Februar 1919 konnten Frauen in Österreich aktiv wählen und auch gewählt werden. Acht Frauen - Anna Boschek, Gabriele Proft, Amalie Seidel, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Maria Tusch und Hildegard Burjan - wurden ins Parlament gewählt.

Grenzen des Engagements wurden verschoben, erweitert: Der 10. Dezember 1948 (UNO-Menschenrechtskonvention) ist ein historisches Datum. Die Menschenrechte wurden deklariert, an deren Umsetzung immer noch gearbeitet wird. Und Frauenrechte sind Menschenrechte! Olympe de Gouges verfasste bereits 1791 die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin.

Johanna Dohnal

(1939-2019) wurde 1979 die erste Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen und war 1990 bis 1995 die 1. Bundesministerin für Frauenangelegenheiten. Mit ihr wurden wieder Grenzen verschoben. Sie verschob Grenzen, löste diese auf. Sie setzte Wesentliches zur Verbesserung der Frauen gesetzlich durch (Fristenregelung, PartnerInnenschaft, Gleichstellung im Beruf, Gewalt gegen Frauen, Soziale Sicherheit u.a.m.) und setzte viele weitere Impulse.

„Frauen haben sich die ganze lange Geschichte des Patriarchats an Gewalt gewöhnt, ja vielleicht gewöhnen müssen. Dennoch: Was heute immer noch viele Frauen ihren Söhnen entschuldigen, Ihren Partnern oder Männern verzeihen und ihren Töchtern als Opferverhalten anerkennen, wirkt gegen die Unabhängigkeit und Würde von Frauen.“ Johanna Dohnal

Wer weiß schon über die kurze historische Entwicklung der 2-Geschlechterordnung, deren Entwicklung und Ziel die Unterdrückung der Frauen war, Bescheid? Wie viele Menschen glauben (!), es wäre schon immer so gewesen: die Frau als Ehefrau und Mutter definiert und der Mann als Held im Außen?! Mythen werden geboren und weitertradiert – zum Gewinn der einen und zum Schaden der anderen.

Wenn Frau weiß, wie gesellschaftliche Strukturen Machtzuwachs für die Männer und Machtverlust für Frauen entstanden, dann würde sie nicht denken, sie hätte keine Macht!

Eine Grenze des wissenschaftlichen und politischen Bewusstseins wurde 1982 verschoben. Die Wissenschaftsministerin Herta und Paul Amirani (1909-1994) stellte erstmals ein „Sonderkontingent für die universitäre Frauenforschung“ für entsprechende Lehraufträge zur Verfügung.

Die Einrichtung Gender Studies (seit 2006) der Universität Wien ist vor allem Organisationseinheit des Masterstudiums Gender Studies und inhaltliche Impulsgeberin der interdisziplinären

2019

108 Jahre Internationaler Frauentag am 8. März

&

100 Jahre Parlamentarierinnen am 16. Februar

&

80. Geburtstag von Johanna Dohnal am 14. Februar

Das Patriarchat als Herrschaftssystem beruht auf der „Erfindung“, dass sich beliebige Unterschiede zwischen Menschen nutzen lassen, um Kategorien zu konstruieren, mit denen die ungleiche Verteilung von Ressourcen und die Macht kleiner Eliten über große und vielfältig gegliederte Massen von Menschen gerechtfertigt, erklärt und für die Ausgebeuteten hinnehmbar gemacht werden. Kurz: „Differenz“ kann dazu dienen, Macht entstehen zu lassen und aufrechtzuerhalten.

Gerda Lerner

In diesem Sinne lasst uns alle (in allen Gruppenvarianten mit/ohne Männern / Divers etc.) zusammenkommen um zu reden und zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und empathisch verstehen. Lasst uns erkämpfte und gewonnenen Freiheiten feiern!

Lasst uns auch Macht-Politische-Konsequenzen ziehen, damit bald Reichtum sozial und gerecht weltweit verteilt ist und die Grenzen von Inländer*innen und Ausländer*innen abgelöst wird von Erdenbürger*innen.

Gender Studies durch die Ausrichtung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Publikationen mit nationaler und internationaler Resonanz.

Roseanne Barr

„Was Frauen noch lernen müssen, ist, dass niemand ihnen Macht gibt. Sie müssen sie sich nehmen.“

Die meisten haben eine Vorstellung, WIE ein Mädchen / ein Bub / eine Frau / ein Mann zu sein hat. Sich von diesen Vor-Stellungen zu befreien, um zu sehen, was hinter all den Vor-Stellungen steht, warum und wie es zu diesen Vorstellungen kam, warum es so schmerzhaft ist, manche Vorstellungen loszulassen, darum geht es in demokratischen zivilgesellschaftlich aktiven Staaten.

Die einen sprechen von „Wir Frauen“, die anderen sagen, es gibt kein „Wir Frauen“. Sowohl das eine wie auch das andere und wohl noch ein Drittes ist wahr, oder? Ich denke, solange es Benachteiligungen für „die Frauen“ gibt (weniger Lohn für gleichwertige Arbeit) und Erwartungen an sie (bescheidene und freundliche Hausfrau und Mutter) solange muss von „den Frauen“ gesprochen werden.

Erst wenn die Teilung der Menschen in männlich/weiblich/divers wieder ein Ganzes geworden ist, wenn es um Menschen geht ohne Einschränkungen durch gesellschaftliche Normen, strukturelle Ungleichheiten, Vorurteile und Klischees, wenn Geschlecht so überhaupt keine Rolle mehr spielt, weil jede/r* sein kann wie er/sie/* möchte, dann ist es weder notwendig noch korrekt, von „den Frauen“ zu sprechen.

Doch Frauen werden ja nicht nur diskriminiert aufgrund ihres Geschlechts, auch wegen ihrer Hautfarbe, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung, etc..

Ein langer Weg unserer Ahn*innen liegt hinter uns, ein langer Weg liegt noch vor uns mit dem Ziel: Faire und gerechte Machtteilung zum Wohle aller. Der Life Ball steht 2019 unter dem Motto „United in Diversity“ („In Vielfalt vereint“), das gilt für alle Frauen, alle Männer, alle * - eben: für alle!

Rosa Mayreder

(1858-1938):

„Wir werden erst wissen, was die Frauen sind, wenn ihnen nicht mehr vorgeschrieben wird, was sie sein sollen.“

Denken müssen wir. Wir wollen nie aufhören zu denken – in welcher Art von Kultur befinden wir uns? Was sind das für Zeremonien, und warum sollten wir an ihnen teilnehmen? *Virginia Woolf*

Und so kommen wir wieder zum Kulturgut Labyrinth. Es zeigt, dass der Weg viele Wendungen nimmt, doch schlussendlich ins Ziel führt. Das gibt Zuversicht und erleichtert, einen langen Atem zu haben und weiterzugehen – um so Grenze für Grenze zu verschieben und schlussendlich alle inhumanen Grenzen im Kopf und materiell aufzulösen!

Weil Role-Models wichtig sind, hier eine Buchempfehlung: *Rebell girls*. Besser wäre der Buchtitel gewesen: *Rebell girls and women*. Doch nehmen wir auf den Inhalt Bezug: 100 außergewöhnliche Frauen werden vorgestellt. Außergewöhnlich waren sie. Mögen sie ermutigen, dass ein selbstbestimmtes freies Frauenleben / Menschenleben alltäglich ist!

<https://www.i-m-seifried.at/>

<http://www.das-labyrinth.at/>

Pädagogisches Mogelpaket

Jürgen Sprickler



„Meilensteine der Pädagogik: Notenwahrheit, Leistungstests für Schüler*innen der 3. und 7. Schulstufe, verpflichtenden Förderunterricht und vor allem - Schluss mit linken Experimenten!“

Simple Botschaften, sie klingen gut, so gut, so einfach, dass ein erheblicher Teil der – ach so mündigen – Bürgerinnen und Bürger aufspringt auf den Zug ins eigene Verderben.

Bei näherer Betrachtung hält das von Regierungsseite so sehr gepriesene Paket dann nämlich nicht annähernd das, was es verspricht, sondern entpuppt sich relativ rasch als Rucksack, gefüllt mit Mühlsteinen, der schwer auf den Schultern der Pädagoginnen und Pädagogen lastet.

Mir jedenfalls ist keine ernstzunehmende Person aus dem Bildungssektor bekannt, die in dieser Mogelpackung Innovation und Fortschritt erkennen kann.

Dabei geht es mir keinesfalls um eine ideologische Deutung des sogenannten Paketes, sondern um eine nüchterne Gegenüberstellung dessen, was in den Schulen wirklich benötigt und dem, was hier angeboten oder besser aufgezwungen wird. Die inzwischen triumphierend abgeschafften „linken Experimente“ müssen in den letzten Jahrzehnten an mir allerdings völlig unbemerkt vorbeigezogen sein, habe ich doch die permanente Regierungsbeteiligung der ÖVP stets als Bremsklotz für pädagogischen Fortschritt erlebt. Aber so unterschiedlich kann Wahrnehmung ganz offensichtlich sein.

Bildungsminister Heinz Faßmann, ein Universitätsprofessor mit durchaus beachtlicher Reputation, schiebt wissenschaftliche Erkenntnisse wesentlich beiseite und ordnet sie einem antiquierten und rückschrittlichem Verständnis von Pädagogik unter.

Kinder wollen doch Noten, sie wollen sich messen, er verstehe die Aufregung nicht. Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen, er hat allerdings einen kurzen aber entscheidenden Zusatz vergessen – gute Noten! Schlechte Noten will kein einziges Kind und auch nicht dessen Eltern. Aber es gibt sie nun einmal, jene Kinder, die mit schlechten Voraussetzungen in die Schulen kommen, Kinder aus kaputten oder zerrütteten Familien, Kinder, die sehr wahrscheinlich ebenso ihre Talente und Begabungen haben, die sie aber unter diesen pädagogischen Rahmenbedingungen ganz sicher nicht entwickeln können.

Wieder einmal sei der Blick in die pädagogischen Vorzeigeländer erwähnt, in denen es keine Beurteilung bis weit ins Jugendalter gibt, dafür aber viel Unterstützung und Förderung, anstelle von Druck und Forderung. Und, wie erstaunlich, die Kinder und Jugendlichen dort sind trotzdem zu einem hohen Prozentsatz erfolgreich, die Lehrpersonen ausgeglichener und zufriedener, ausgestattet mit hoher gesellschaftlicher Akzeptanz und Anerkennung.

Seit langer Zeit setzen sich viele Schulen intensiv mit den unterschiedlichsten Formen alternativen Leistungsbeurteilung auseinander. Nicht selten auch gegen große Vorbehalte von Elternseite wurden mit viel Engagement brauchbare und wesentlich aussagekräftigere

Beurteilungsformen entwickelt. Inzwischen bin ich überzeugt: auch diese sind für eine beträchtliche Zahl von Kindern suboptimal, wenngleich – vor allem in Verbindung mit den KEL-Gesprächen – dennoch um Welten besser, als ein paar simple Ziffern, die der Persönlichkeit eines Kindes natürlich niemals gerecht werden können. Ich bin mir aber mittlerweile ganz sicher, dass Kinder, speziell im Volksschulalter, keine Beurteilung, keinen Richterspruch brauchen, sondern eine ehrliche, permanente Rückmeldung, die sie auch Tag täglich in der Zusammenarbeit mit ihren Lehrpersonen bekommen.

Den Fokus müsste eine verantwortungsvolle Regierung auf die Schwächeren der Gesellschaft legen.

Sie müsste mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und somit den sozialen Frieden zu wahren. Ganztagschule für alle, mit qualitativ hochwertigem Mittagessen und gutem Bewegungs- und Freizeitangebot!

An unserer Schule haben wir in jahrelanger Knochenarbeit, weil oft fehlender Unterstützung, ein Angebot geschaffen, das sich durchaus sehen lassen kann. Jede Ganztagsklasse besucht wöchentlich das Hallenbad, erhält dort von ausgebildeten Trainern professionellen Schwimmunterricht, jede Ganztagsklasse verbringt zwei Stunden in der Woche in der Natur, begleitet von Freizeitpädagog*innen, alle Kinder erlernen das sichere Radfahren auf schuleigenen Fahrrädern, bekommen Musik- und Instrumentalunterricht, können aus verschiedenen Angeboten

Eine ungeheure Fülle an zusätzlichen Herausforderungen, die bei weitem nicht zu den pädagogischen Kernaufgaben zählen, ist die Folge dieser Entwicklung.

wie Kochen, Spanisch und vielem mehr auswählen.

Klingt grundsätzlich gut, wären da nicht zahlreiche Hindernisse und Schwierigkeiten, die das betreuende Personal, egal ob Lehrer*in oder Freizeitpädagog*in, nahezu jeden Tag, an den Rand der Überforderung bringt. Da wäre zum einen die soziale Durchmischung der Ganztagsklassen.

Sie ist unter den derzeitigen Voraussetzungen einfach nicht gegeben. Wir erleben eine sich dramatisch verändernde Gesellschaft, die immer mehr Aufgabenbereiche an die Bildungseinrichtungen abschiebt. Was dies für das pädagogische Personal bedeutet, kann man sich kaum ausmalen. Immer mehr Kinder kommen hungrig, wenig ausgeschlafen, unvorbereitet, schlecht gepflegt, unglücklich oder krank in die Schule.

Eine ungeheure Fülle an zusätzlichen Herausforderungen, die bei weitem nicht zu den pädagogischen Kernaufgaben zählen, ist die Folge dieser Entwicklung. Lehrpersonen und Freizeitpädagog*innen sind überfordert und fühlen sich im Stich gelassen. Die Folgen sind absehbar: Burnout, lange Krankstände oder Kündigungen. Und dies alles in Anbetracht eines bereits spürbaren und sich weiter verschärfenden Lehrer*innenmangels.

Zum anderen muss auf die dringende Notwendigkeit von zusätzlichem pädagogischem Fachpersonal hingewiesen werden. Seit vielen Jahren fordern wir eine faire und menschenwürdige Anstellung der Freizeitpädagog*innen. Sie werden sehr schlecht bezahlt, im Sommer jeweils gekündigt, haben kaum Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Bereits 2014 habe ich in einem persön-

lichen Gespräch mit der damaligen Landesrätin Bernadette Mennel diese Problematik erklärt und geschildert. Auch die Dornbirner Bürgermeisterin Andrea Kaufmann war anwesend. Ich habe vorgeschlagen, dass Freizeitpädagoginnen größeren Volks- und Mittelschulen zugeteilt werden, um flexibel eingesetzt werden zu können und die Lehrpersonen vor Ort zu entlasten. Von beiden Politikerinnen erfuhr ich viel Zustimmung und Verständnis für das Anliegen.

Fünf Jahre später hat sich genau gar nichts getan. Weder Bund, noch Land, noch Gemeinden fühlen sich zuständig. Von ca. 150 ausgebildeten oder kurz vor ihrem Abschluss stehenden Freizeitpädagog*innen wurden gerade einmal knapp 30 angestellt. Alle anderen suchen oder suchten sich andere Jobs, obwohl sie in den Schulen dringend benötigt würden. Möglicherweise ist es ja auch beabsichtigt, das System „Ganztagschulen“ an die Wand fahren zu lassen. In logischer Konsequenz zu den sonstigen Rückschritten – sollen doch auch die Frauen wieder ihren eigentlichen Aufgaben zugeführt werden – Kinderbetreuung und Haushalt!

Die zuständigen Politikerinnen und Politiker sollten sich dringend ein Bild von der Situation vor Ort machen, um zu sehen, was sie mit ihrer verfehlten (Bildungs-) Politik anrichten.

Die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer tun jeden Tag, jede Schulstunde und darüber hinaus, was sie können. Ganz sicher können sie aber nicht sämtliche Probleme der Gesellschaft lösen. Die ursprünglichsten Umgangsformen wie sich zu grüßen, sich zu bedanken, sich re-

spektvoll gegenüber seinen Mitmenschen zu benehmen funktionieren bei vielen Kindern nicht mehr. Wie soll eine Schule, so engagiert sie auch sein mag, eine Wertevermittlung nachholen, die im Elternhaus nie stattgefunden hat? Wie soll sie Kinder aus Analphabeten Elternhäusern, auf denselben Bildungsstand wie Kinder aus Akademikerkreisen, die von frühster Kindheit eine optimale Förderung erhalten haben, bringen?

Den Lehrpersonen wird permanent vermittelt, dass sie zu wenig leisten, dass die Ergebnisse nicht passen, dass sie sich zu wenig anstrengen. Wenn Schulen noch mehr leisten sollen, dann braucht es dringend mehr Geld für Autonomie, deutlich mehr (Support-)Personal für soziale Hilfestellungen, sowie individuelle und gezielte Förderung und bestens ausgestattete Schulen, in denen ausreichend Bewegungsmöglichkeiten, kreative Entfaltung, aber auch Ruhe und ein „Herunterfahren“ für die Kinder möglich ist.

Stattdessen müssen wir über Noten für Sieben-, Acht- und Neunjährige diskutieren, über Klassenwiederholungen von Kindern, die gerade erst mit ihrer Ausbildung angefangen haben, über einen Zwang zum Förderunterricht oder über Deutschklassen. Das lenkt ab, von dem, was wirklich wichtig ist, hält aber die Themen dieser Regierung permanent am Köcheln.

All diese Maßnahmen sind nicht dazu angetan, unser Bildungssystem an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts heranzuführen und sie verhindern ebenso wenig das dramatische Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Jürgen Sprickler ist Leiter einer großen Volksschule im Westen

Reaktionen



*Timo Brunnbauer ist
unabhängiger Gewerkschafter
und Mitglied im GBA Linz Stadt*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Paul!

Ich habe heute mit großer Verwunderung über deine Ideen zu möglichen Konsequenzen für Eltern, die sich offenbar nicht für ihre Kinder interessieren, gelesen. So etwas wie eine /Sachebene / konnte ich da allerdings nicht entdecken.

Ich muss gestehen: ich habe in letzter Zeit selten so Befremdliches gelesen. Einen unpassenderen „Vergleich“ wie den folgenden muss man sich erst einmal zusammendenken: „Von Schulen zu verlangen, an einem sehr belasteten Standort Chancengerechtigkeit herzustellen, ist illusorisch. Das wäre, als würde man von einem Arzt in einem Armenviertel verlangen, die Lebenserwartung seiner Patientinnen und Patienten auf das Niveau einer Luxuswohngegend zu bringen“, so Kimberger im „Kurier“. Selbstverständlich bedeutet eine umfas-

sende ärztliche Betreuung die Erhöhung der Lebenserwartung der PatientInnen. Dies ist längst unbestrittene Tatsache. Und selbstverständlich ist es Aufgabe des österreichischen Sozialstaates, dafür zu sorgen, dass alle in Österreich lebende Menschen Zugang zur besten Versorgung haben müssen. Und eine ebenso egalitäre Rolle hat die österreichische Schule, der Kindergarten zu spielen. Und wäre es nicht Ziel, diese belasteten Standorte mit mehr Ressourcen zu unterstützen? Ich denke, das ist eigentlich Forderung der Gewerkschaft. Allerdings wird dies mit diesen Aussagen nicht deutlich.

Mit Ideen, in den Mutter-Kind-Pass eintragen zu lassen, wie oft einem Kind etwas vorgelesen wird, wird wohl nichts zu erreichen sein. Zudem eine wahrlich absurde Vorstellung! Wird es

Vorlesedetektive geben? Und ja, es ist sicher eine gute Maßnahme, prekäre Lagen durch die Kürzung von Transferleistungen noch zu verschärfen. Ich nehme an, du wirst das nicht wollen.

Ich erwarte mir eine Versachlichung und keine /Kicklisierung /der Diskussion. Probleme, und ja, die gibt es in großer Zahl, an vielen Ecken und Enden, lassen sich nicht durch populistische Aussagen lösen. Das solltest Du wissen. Und das erwarte ich mir vom Vorsitzenden der PflichtschullehrerInnengewerkschaft.

Als aktiver Gewerkschafter habe ich mich heute für dieses Interview im KURIER fremdgeschämt.

Mit besten Grüßen,
Timo Brunnbauer

Sehr geehrter Herr Minister Univ. Prof. Dr. Faßmann!

Mit Bestürzung haben wir vor wenigen Tagen die Nachricht erhalten, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Realstunden in Wien um 1200 gekürzt würde.

Ihr Schreiben, in dem Sie dann die Kürzung von „nur“ 700 Realstunden verlautbart haben, hat diese Bestürzung nur wenig gemildert.

Einerseits sind 700 Realstunden weiterhin sehr schmerzhaft, zum anderen klingt die Formulierung „/Die Bildungsdirektion für Wien kann dadurch die korrekte Verrechnung stufenweise um-

setzen/“ nach der Ankündigung weiterer zukünftiger Kürzungen.

Wenn das Abrufkontingent für GTS-Angebote in der Vergangenheit nicht immer vollständig für ganztägige Schulformen eingesetzt wurde, so doch deshalb, weil in anderen Bereichen (zB. Unverbindliche Übungen) ein „realer“ Bedarf dafür geherrscht hat. Dieser Bedarf ist ja jetzt nicht weg, wenn die Stunden gekürzt werden!

Gerade Wien als einzige Millionenstadt Österreichs hat aufgrund seiner spezifischen Situation einen massiven

zusätzlichen Bedarf an schulischen Förderstrukturen. Diesem Bedarf muss u.E. durch ein entsprechendes Ausmaß an Werteinheiten entsprochen werden.

Nicht Kürzung, sondern Ausweitung der Wien zur Verfügung gestellten Werteinheiten wäre eine pädagogische Notwendigkeit!

Mit freundlichen Grüßen!
Mag. Florian Mayer, Mag. Bernhard Golob für DA und GBA des BRG Bertha von Suttner,
Donauinselpplatz 1, 1210 Wien

Im Gegensatz

... zu Ihnen unterstütze ich Herrn Kimbergers Vorschlag voll und ganz. Er soll sich ja nicht durch ewig gestrige Demokratie-Romantiker einbremsen lassen, die meinen, der Staat dürfe den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder nicht dreinreden!

Die Eltern in die Pflicht zu nehmen, was die Bildungsbiografie ihrer Kinder betrifft, könnte wie folgt funktionieren:

In den Kinderzimmern werden Webcams installiert, damit die Bildungspolizei in Echtzeit verfolgen kann, wieviel die Eltern mit ihren Kindern sprechen und ihnen vorlesen. Dabei kann auch kontrolliert werden, ob die Standardsprache verwendet wird. Wenn die Mutter mit dem Kind im Dialekt oder in einer nicht-deutschen Mutter-Sprache redet, bringt das Strafpunkte und weitere Abzüge von der Kinderbeihilfe. Bei Familien, die einer Risikogruppe angehören, ist statt Webcams das verpflichtende Tragen von Bodycams anzu-

denken, wodurch noch besser nachvollzogen werden kann, wer wie und wie oft mit den Kindern spricht.



Cartoon spagra

Aber auch die Inhalte der vorgelesenen Bücher müssen kontrolliert werden

– Werteerziehung beginnt in der Gehschule! Damit dem Nachwuchs die „richtigen“ Werte vermittelt und die Kinder auf den „rechten Weg“ geleitet werden, muss es Listen empfehlenswerter und zu vermeidender Kinderbücher geben. Natürlich steht es den Eltern frei, weiterhin Geschichten von - zum Beispiel - Astrid Lindgren oder Christine Nöstlinger vorzulesen. Sie müssen dann aber mit weiteren Kürzungen von Transferleistungen des Staates rechnen, denn die frechen, ja subversiven „Helden“ und „Heldinnen“ dieser Autorinnen dürfen wahrhaft keine Vorbilder für die Jugend werden!

Viel Erfolg mit der Einführung der neuen Bildungspflichten für Eltern wünscht

Kim O Brien
Mitglied des euro-asiatischen Think-Tanks „Bill Dung“



**Rechtsschutz, Beratung
und Service
ab dem 1. Beitrittstag
18.- € Mitgliedsbeitrag**

**Unabhängige
Bildungsgewerkschaft**

www.dieubg.at



Fokus für Neuanstellungen ab 2019/20

Bis zum letzten Jahr wollten die Direktionen die Bediensteten lieber bis 25 WE auffüllen als Stunden auszu-schreiben. Ab der letzten Direktoren-tagung scheint zu gelten: Abbau dieser Überstunden und Neuanstellungen, auch wenn in Zukunft nicht genügend Stunden gesichert sind. Wie ist das zu verstehen?

Antwort

Dass Ausschreibungen und Neuanstel-lungen vor Überstunden gehen, sollte eigentlich immer schon normal und Bestreben der PV sein.

Bloß war speziell seit 2015 der Dienst-geber sehr daran interessiert, so wenig wie möglich jungen Kolleg*innen mit Uni-Lehramtsabschluss noch in das alte Dienstrecht einzustellen. Daher wurden die Stunden eher als Überstun-den verteilt.

Da aber nun die Neuen um (im Lebens-durchschnitt bei gleicher Arbeitszeit gerechnet) 600 Euro pro Monat billiger kommen, werden Neuanstellungen be-vorzugt. Ob Stunden gesichert sind oder nicht, dieses „Mascherl“ gab es gesetz-lich auch bisher nur für Kolleg*innen in den ersten 5 Dienstjahren, falls sie da schon einen Dauervertrag hatten. Das Reden von (un)gesicherten Stunden ist also juristisch praktisch bedeutungs-los. Die Verpflichtung bei Bedarf auch Überstunden zu machen, ist übrigens im neuen Dienstrecht nicht viel anders als im alten: alt: bis zu 25 Prozent (also z.B. an A+BHS 25 WE), neu: bis zu 25 gehaltene Stunden (wobei Lehrver-pflichtungsgruppe 1 und 2 an BMHS und AHS-Oberstufen mit 1,1 Stunden bewertet sind).

Pensionsantritt von Vertragsbediensteten

1. Ich bin am 23.3.1963 geboren und Vertragsbedienstete an einer höheren Schule. Ich könnte meines Wissens am 23.03.2023 in Pension gehen?

2. Soll ich das letzte Schuljahr fertig arbeiten bis zum Sommer (also ein halbes Jahr mehr), ginge das über-haupt?

3. Soll ich das letzte Schuljahr als Sab-batjahr (2022/23) nehmen und habe ich diese Möglichkeit überhaupt? Was ist finanziell günstiger?

Antwort

1. Pensionsantritt ist immer zum Mo-natswechsel, bei dir also frühestens am 1.4.2023.

2. Jede Vertragslehrerin hat das Recht bis 65 zu arbeiten (wegen Gleichheits-grundsatz mit Beamt*innen und Ver-tragslehrern). Vorteile: In den ersten 3 Jahren nach Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters wird nur der halbe Pen-sionsbeitrag abgezogen und es kommen pro Jahr 4,2 Prozent Pensionszuschlag dazu (ergibt 0,35% mehr Pension pro Monat), wenn du weiterarbeitest und nicht daneben schon Pension beziehst (das gilt auch für Männer ab 65).

3. Aus Teilzeit oder Teilbezahlung (wie beim Sabbatical) aus dem Dienst zu gehen, ist für Vertragsbedienstete gar nicht zu empfehlen.

Da für dich sicherlich die alte Abfer-tigungsregelung gilt (dies ist dann der Fall, wenn die Vertragszeit vor 2003 begonnen hat), berechnet sich diese nach dem letzten Monatsgehalt, das daher ein volles sein sollte (9 Monats-gehälter bei Vertragsdauer 20-25 und

12 bei über 25 Jahren, versteuert nur mit 6%). Ein Ausweg wäre, nach dem Sabbatical nicht aufzuhören, sondern noch bis 31.10. weiter zu arbeiten, um den vollen Oktober als letzten Monat zu haben. Falls du Zeitkonto angespart hast, oder ab Sept. 2019 noch ansparen kannst und so 100 WE (in W, N, B wären es wegen früherem Schuljahresbeginn um 14 WE mehr) zusammenbringst, könntest du nach einem Sabbaticalfreijahr 22/23 formell bis 31.10.2023 im Dienst bleiben, aber die Zeit vom 11.9.-31.10.2023 aus dem Zeitkonto nehmen. Dazu (und allgemein) sind folgende Fristen zu beachten:

- Die **Kündigungsfrist** beträgt im öff. Dienst nach langer Vertragsdauer **5 Monate** (bei Ende 31.10. wäre also spätestens im Mai schriftlich im Dienstweg über die Direktion an die Bildungsdirektion zu kündigen).

- **Zeitkontofreizeit** ist immer bis **späte-stens 1. März** zu beantragen. Normalerweise geht Zeitkontonutzung nur für ganze Schuljahre - Ausnahme ist eben von Schuljahresanfang bis Vertragsende/Pensionierung. In diesem Fall müsste also die Kündigung mit dem Zeitkontoantrag erfolgen.

- Wenn die Überstunden eines Schul-jahres auf das **Zeitkonto** angespart statt ausgezahlt werden sollen, ist das am Beginn eines Schuljahres bis **30.9. zu melden**. (Bem.: 100 WE am Zeit-konto erreicht man erfahrungsgemäß mit 3 WE Überstunden, also z.B. ein Jahr mit 23 WE oder 3 Jahre mit 21 WE regelmäßigem Unterricht.)

- Die Pension ist von Vertragslehrer_in-nen nicht beim Dienstgeber, sondern bei der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) zu beantragen. Dort kann man sich auch jederzeit (auch bei den Au-ßenstellen in den Bezirken) einen Bera-tungstermin vereinbaren und die sagen einem dann auch, wieviel Pension herauskommt, wenn man die restlichen Jahre bis 60, 61, ... 65 voll verdient oder wegen Sabbatical z.B. nur 75%).

PV-Wahlen im Spätherbst 2019

Einfluss auf Gewerkschaft

Gary Fuchsbauer

Alle 5 Jahre finden im öffentlichen Dienst Personalvertretungswahlen und in einigen Bereichen auch Gewerkschaftswahlen statt. Im Spätherbst 2019 ist es wieder so weit.

Eins ist klar: Gewählt werden kann nur dort, wo jemand kandidiert. Und (die in der GÖD neue Fraktion) Unabhängige Gewerkschafter_innen (UG) wird nur in jenen Bereichen auf dem Stimmzettel stehen, in denen Kandidat_innen einen Wahlvorschlag einbringen.

Zur Wahlvorbereitung und -durchführung sind Wahlausschüsse zu bilden. Die Zentralwahlausschüsse konstituieren sich grad und werden dann auch Informationen für die Fach- und Dienststellenwahlausschüsse (DWA) versenden.

Wieviele Mitglieder im Wahlausschuss?

3 Mitglieder bei 20 - 300 Wahlberechtigten, 4 bei 301-1000, darüber 5. Dort, wo auch Gewerkschaftswahlen stattfinden, ist auch der gewerkschaftliche Betriebswahlausschuss zu bilden: 3 Mitglieder bei 20 - 50 Gewerkschaftsmitgliedern, 4 bei 51-200, 5 bei 201-400, 6 bei 401-600, 7 bei 601-800, 8 bei 801-1000, darüber pro 400 ein weiteres Wahlausschussmitglied. In beiden Gremien ist für jedes Wahlausschussmitglied ein Ersatzmitglied zu bestellen. Der DWA ist vom DA, der GBWA vom GBA nach den letzten Wahlergebnissen zu bestellen (falls es im DA/GBA mehrere Listen gibt, sonst kann jede passiv wahlberechtigte Person in den Wahlausschuss nominiert werden).

„wahlberechtigt“

„Passiv wahlberechtigt“ bedeutet, dass jemand kandidieren darf (und gewählt

werden kann). Dies sind grob gesagt bei den PV-Wahlen im Herbst all jene, die auch im derzeitigen Sommersemester schon unterrichten (vermutlich wird das Datum im April liegen). Bei den Gewerkschaftswahlen muss man dazu 6 Monate vor der Wahlausschreibung schon Gewerkschaftsmitglied sein – und diese Frist läuft wohl demnächst ab. Also rasch beitreten, um auf Wahlvorschlägen stehen zu können! Bei den PV-Wahlen wählen dürfen dann auch jene, die erst zu Schulbeginn als Bundes- bzw. Landeslehrer_in beginnen. Bei den Gewerkschaftswahlen muss man 3 Monate vor der Wahlausschreibung schon Gewerkschaftsmitglied sein, um wählen zu dürfen.

Gewerkschaft und PV-Wahlen

Gemäß PVG § 10 Abs. 1 ist der Termin der PV-Wahlen durch die GÖD festzusetzen und sind später die Wahlergebnisse auch an die GÖD zu melden, die sie üblicherweise dann öffentlich.

Und die Gewerkschaft setzt in der Regel ihre „Organe“ nach den PV-Wahlergebnissen zusammen, d.h. deine Wahlentscheidung bei den Personalvertretungswahlen (vor allem auf Landes- und Bundesebene) wirkt sich auch auf die Stärkeverhältnisse der Fraktionen in der GÖD aus.

Zwar gibt es in einigen Bereichen Gewerkschaftswahlen (auf Landesebene letztes Mal nur bei AHS (außer Wien) und BMHS nur OÖ, Stm., Tirol, doch wird die Fraktionsstärke in den entscheidenden Bundesorganen (zB Präsidium, Vorstand, Bundeskonferenz) der GÖD fast ausschließlich durch Umrechnung der Summe aller ZA-Wahlen ermittelt. Bei der Übersicht aller ZA-Ergebnisse gibt es daher die Spalten FCG, FSG, UG und dann

noch 2-3 weitere Spalten für sonstige Wähler_innengruppen, die nicht in der GÖD als Fraktionen vertreten sind. Daher sollte jeder Wählerin und jedem Wähler klar sein, dass die Stimme bei der PV-Wahl am Ende des Wahltages für schwarz-türkis (FCG), rot (FSG) oder eben als parteiunabhängig (UG) gezählt wird.

Gewerkschaftswahlen

Falls keine Gewerkschaftswahlen stattfinden, sind die Gewerkschaftsorgane GBA und Landesleitung nach den Wahlergebnissen der entsprechenden Personalvertretungswahlen zu ermitteln. Für die Zusammensetzung der sektionsübergreifenden Landes- und für alle Bundesorgane ist das „Stärkeverhältnis der Wählergruppen der Landesvertretungen des jeweiligen Bereiches (gemessen an den Stimmergebnissen) zu Grunde zu legen.

Wählergruppen, auf die insgesamt weniger als 5 % der gültigen Stimmen entfielen, sind nicht zu berücksichtigen.“ Es gilt: „Die Entscheidung, ob Gewerkschaftswahlen durchzuführen sind, trifft die jeweils zuständige Landesleitung mit Zweidrittelmehrheit unter Mitwirkung der Bundesleitung und des jeweils zuständigen Landesvorstandes (in Wien entscheidet die Bundesleitung unter Mitwirkung des Präsidiums)“, wobei dann die „Wahlordnung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst“ gilt.

PS: Sobald die PVG-Novelle und die Wahltermine beschlossen sind, werden wir auch den „Wahlkalender“ (zB Termine für Wahlrecht und Listeneinreichung) auf oeliug.at und im Kreidekreis bekannt geben.

Weitere Fragen:
fuchsbauer@oeli-ug.at
0680 2124358

Ein großer Pädagoge

In Erinnerung an Univ.-Prof. Dr. Rupert Vierlinger

12.5.1932 - 13.1.2019

Die ÖLI-UG verabschiedet sich von Rupert Vierlinger, der am 13. Jänner im 87. Lebensjahr verstarb. Als Reformpädagoge war er auch für die ÖLI-UG eine pädagogische Leitfigur. Er war Referent bei unserem Bundeslehrer*innentag und hat diesen immer wieder besucht.

Für den Kreidekreis (Nr. 7/2013, S.5-6) bekamen wir z.B. seine Stellungnahme zur Hattie-Studie. Bis zuletzt war er mit uns wertschätzend verbunden, immer wieder hat er uns Rückmeldungen gesandt, wie z.B. am 17.9.2016: „Ich hoffe, dass meine Bank den Dauerauftrag für den „Kreidekreis“ regelmäßig überweist. Im Übrigen begrüße ich nach wie vor die schulpolitischen Initiativen der oeliug Kollegen und freue mich, wenn die neue Ministerin dem von ihren Vorgängerinnen verschuldeten jahrelangen Stillstand ein Ende bereitet. Vielleicht

erlebe ich die Einführung der „echten“ Gesamtschule doch noch? (Meine Frau hat es bisher bestritten!)“. Leider behielt Frau Vierlinger Recht.

Heidi Pirchner, eine Pionierin der ÖLI-UG, schreibt uns anlässlich seines Todes: „Wir haben Vierlinger in unserer Arbeit der 80er und 90er Jahre oft zitiert, seine Gedanken in unsere Gesamtschulforderungen übernommen, uns gegenüber anderen auf Vierlinger berufen, natürlich besonders, wenn man mit konservativen Blockaden in schulorganisatorischen Fragen bzw. pädagogisch begründeten Schulkonzepten konfrontiert war. Daher haben wir Univ.-Prof. Rupert Vierlinger auch zum großen Schulautonomie-Kongress im März 1993 an der Volkshochschule Brigittenau, Wien, eingeladen. Der Kongress war für 300 Leute ausgelegt, gekommen waren an die 400!. In die Vorbereitungsarbeit

waren Vertreter verschiedener Gruppierungen der pädagogischen Szene eingebunden, für alle waren Vierlingers Gedanken zu Schule und ihrer Funktion für das Individuum und die Gesellschaft, sein damit verbundenes Menschenbild eine Basis, auf der man sich treffen konnte, von der aus man agieren kann.“

Gaby Atteneder

Weil Vierlingers Denken und Wirken nicht in Vergessenheit geraten darf, haben wir PH-Rektor Dr. Franz Keplinger ersucht, seine Worte beim Begräbnis weitergeben zu dürfen.

Ihr findet sie unter:

www.oeliug.at/2019/01/26/wir-brauchen-die-schule-der-menschlichkeit-univ-prof-dr-rupert-vierlinger-ist-gestorben

Ich engagiere mich bei der Oe.L.i.

„Weil Vielfalt Platz hat und weil ich intelligente Ideen schätze.“

Sabine Helmberger, Salzburg



Foto Joachim Wiesner

Albrecht Zauner

1962 geboren in Lindau
 1983- 1989 Studium der Bildhauerei
 an der Akademie der Bildenden Künste
 in Wien bei Joannis Avramidis
 Seit 1989 freischaffend
 Lebt und arbeitet in Lustenau

www.bildhauer-albrecht-zauner.eu

Aktuelle Ausstellung:

„Offene Himmel“

Pfarrkirche Fussach und Pastoralhaus
 9. März - 19. Mai 2019
 Finissage 19. Mai 2019, 19 Uhr

1. „jesuis“, 2018, Kieselkalk 75 cm
2. „ps30“, 2015, Südtiroler Marmor 170cm
3. „kopf“, 2018, Kieselkalk 70cm
4. „offener Himmel“, 2019, 75cm x 120cm



2



3



1



4

Termine PV Akademie www.oeliug.at/pv-akademie

Rede&Antwort | PersonalvertreterInnen informieren euch und hören euch zu | mit Gary Fuchsbauer in den Bundesländern | Dienstrechts- und Besoldungsexperte

oö

Mittwoch, 27.3., 13:30 Uhr, Volkshaus Ebelsberg, Linz

- Inhalte nach Bedarf der Teilnehmer*innen
- Information zu Dienst-/Besoldungs-/Vertrags-/Pensions-/Personalvertretungsrecht
- Transparenz, Mitbestimmung und Solidarität als Basis guten Schulklimas
- Personalvertretungswahlen Spätherbst 2019: Nur wer kandidiert, ist wählbar!

Steiermark

Mittwoch, 24.4., 16:00 Uhr, Gasthof Ederer, Weiz

- Dienst- und Besoldungsrechtliche Fragen, Verträge, Stellenbewerbung, u.a.

Freitag, 3.5., 16:00 Uhr, Graz (genauer Ort wird bekannt gegeben)

- Dienst- und Besoldungsrechtliche Fragen, Verträge, Stellenbewerbung, u.a.

WIEN

Freitag, 5.4., Glaserg.25, Wien 9,

16:00 – 17:45 Uhr

- Dienst- und Besoldungsrecht, Verträge, Vordienstzeiten, (Eltern-)Teilzeit, Personalvertretungsrecht

18:00 – 20:00 Uhr

- Pensionsrecht, Sabbatical, Zeitkonto, Abfertigung, Jubiläumszulage
- Persönliche Beratungstermine können für vor 16:00 und nach 20:00 Uhr vereinbart werden

Donnerstag, 2.5., Laaerberggymnasium, Wien 10

14:00 – 15:30 Uhr

- Dienst- und Besoldungsrecht, Verträge, Vordienstzeiten, (Eltern-)Teilzeit, Personalvertretungsrecht.

15:30– 17:00 Uhr

- Pensionsrecht, Sabbatical, Zeitkonto, Abfertigung, Jubiläumszulage
- Anschließend Gelegenheit für persönliche Beratungen

BURGENLAND

Montag, 20.5., 14:00 Uhr, PH Eisenstadt

- Themen aus Dienst-/Besoldungs-/Pensionsrecht nach Bedarf der Teilnehmer*innen.



Redaktionsschluss:
26. April 2019

**Wir reden
über**

Bildung

Podiumsdiskussion mit

Melisa Erkurt

Lehrerin und Autorin

Sibylle Hamann

Publizistin

Herbert Schorn

Journalist, OÖNachrichten

LehrerInnen

**Mittwoch, 24. April
19.00 Uhr**

Volkshaus Kleinmünchen

Dauphinstraße 19
4030 Linz

Eintritt frei

Impressum ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie | 4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358 | Redaktionsteam | G. Pušnik (verantwortlich), P. Steiner, M. Sparr, A. Chvatal und die AutorInnen. Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG. Wir finanzieren uns durch Spenden und Beiträge der Leserinnen und Leser. **Bankverbindung** IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 | BIC: BAWAATWW lautend auf Gessmann/Fuchsbauer
ÖLI-Vors./Kass. | Auflage 12.000



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt
stammt aus
nachhaltig
bewirtschafteten
Wäldern und
kontrollierten
Quellen
www.pefc.at



KREIDEKREIS 2 | 2019

Österreichische Post AG
MZ 02Z030917 M

ÖLI-UG
Pflasterweg 7, 4643 Pettenbach
ÖLI ZVR-Zahl | 125480687
DVR | 0581518

An: